Haushaltssatzung der Ortsgemeinde Obernhof

für das Haushaltsjahr 2023

vom XX.XX.XXXX

Der Ortsgemeinderat hat auf Grund des § 95 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.05.2008, (GVBl. S. 79), folgende Haushaltssatzung beschlossen, die aufgrund der Verfügung der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises in Bad Ems als Aufsichtsbehörde vom XX.XX.XXXX hiermit öffentlich bekannt gemacht wird. Die Haushaltssatzung enthält genehmigungspflichtige Teile.

§ 1 Ergebnis- und Finanzhaushalt

Festgesetzt werden

1. im Ergebnishaushalt		
der Gesamtbetrag der Erträge auf		632.835 Euro
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf		600.474 Euro
Jahresergebnis		32.361 Euro
2. im Finanzhaushalt		
a) die ordentlichen Einzahlungen auf		581.405 Euro
die ordentlichen Auszahlungen auf		541.104 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen		40.301 Euro
b) die außerordentlichen Einzahlungen auf		0 Euro
die außerordentlichen Auszahlungen auf		0 Euro
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen		0 Euro
c) die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf		139.000 Euro
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf		178.000 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		- 39.000 Euro
d) die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf		39.000 Euro
die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf		40.301 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit		- 1.301 Euro
e) der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf		756.849 Euro
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf		<u>756.849 Euro</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr		0 Euro

§ 2 Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird festgesetzt für

- zinslose Kredite auf	0 Euro
- verzinst langfristige Kredite auf	39.000 Euro

§ 3 Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftig Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (**Verpflichtungsermächtigungen**) belasten, wird festgesetzt auf **0 Euro**

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf **0 Euro**

§ 4 Steuersätze

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2023 wie folgt festgesetzt:

Grundsteuer

Grundsteuer A	356 v.H.
Grundsteuer B	465 v.H.

<u>Gewerbsteuer</u>	380 v.H.
----------------------------	----------

Die **Hundesteuer** beträgt für Hunde, die innerhalb des Gemeindegebietes gehalten werden:

- für den ersten Hund 60,00 EUR
- für den zweiten Hund 90,00 EUR
- für jeden weiteren Hund 120,00 EUR
- für den ersten gefährlichen Hund 600,00 EUR
- für den zweiten gefährlichen Hund 900,00 EUR
- für jeden weiteren gefährlichen Hund 1.100,00 EUR

§ 5 Gebühren und Beiträge

Die Sätze der Gebühren und Beiträge für ständige Gemeindeeinrichtungen nach dem Kommunalabgabengesetz vom 20. Juni 1995 (GVBl. S. 175), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2015 (GVBl. S. 393) werden festgesetzt:

Tourismusbeitrag

Der Hebesatz für den Tourismusbeitrag wird festgesetzt auf 10,00 v. H.

§ 6 Eigenkapital

Stand des Eigenkapitals zum 31.12.2021	741.919 Euro
Voraussichtlicher Stand des Eigenkapitals zum 31.12.2022	651.635 Euro
Voraussichtlicher Stand des Eigenkapitals zum 31.12.2023	683.996 Euro

§ 7 Wertgrenze für Investitionen

Investitionen sind einzeln im Teilfinanzhaushalt darzustellen.

§ 8 Altersteilzeit

Die Bewilligung von Altersteilzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird in **0** Fällen zugelassen.

56379 Obernhof, den

Karl Friedrich Merz
Ortsbürgermeister

Hinweis:

Der Haushaltsplan liegt zur Einsichtnahme vom XX.XX.XXXX bis XX.XX.XXXX während der Öffnungszeiten (montags bis freitags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr, zusätzlich montags und dienstags von 14.00 Uhr bis 16:00 Uhr sowie donnerstags von 14:00 Uhr bis 18.00 Uhr) im Rathaus der Verbandsgemeinde Bad Ems-Nassau, Bleichstraße 1, 56130 Bad Ems, Zimmer 408, öffentlich aus.

Gemäß § 24 Abs. 6 der Gemeindeordnung (GemO) wird darauf hingewiesen, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GemO oder aufgrund der GemO erlassener Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Verbandsgemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Bad Ems, den

Uwe Bruchhäuser
Bürgermeister